

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Abdruckpreis vierteljährlich. Nr. 270 einschließt des Amts- und Anzeigebblattes in der Geschäftszeit, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstützengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 W. Im Reklameteil die Zeile 20 W. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 80 W. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage nachher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch den Anzeiger angegebenen Angaben.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hanneböh in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Nr. 23.

Mittwoch, den 29. Januar

1919.

Erhebung der Vorräte an Kartoffeln am 15. Februar 1919.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1915 — RStBl. S. 607/728 — wird folgendes bestimmt:

Am 15. Februar 1919 findet eine Erhebung der Vorräte an Kartoffeln in der Republik Sachsen statt.

Wer mit Beginn des 15. Februar 1919 Kartoffeln in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, seine gesamten Vorräte der Gemeindebehörde des Ortes anzuzeigen, in dem sie lagern.

Vorräte im Gewahrsam von Gemeinden oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbänden sind gleichfalls anzuzeigen.

Vorräte, die sich mit dem Beginn des 15. Februar 1919 unterwegs befinden, sind von dem Empfänger unverzüglich nach dem Empfang anzuzeigen.

Vorräte, die zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmt sind, sind nur anzuzeigen, wenn sie 20 Pfund übersteigen.

Die Erhebung erfolgt gemeindefeise. Die Ausführung liegt den Gemeindebehörden ob.

Bei der Erhebung sind die als Anlagen I und II beigefügten Muster zu verwenden.

Die Herstellung der Drucksachen erfolgt durch die Landeskartoffelstelle.

Versorgungsberechtigte Personen haben den Vordruck I, Kartoffelerzeuger, deren Herbstkartoffelanbaufläche im Jahre 1918 größer als 200 qm war, den Vordruck II zu verwenden.

Die Gemeindebehörde hat das Ergebnis der Anzeigen unverzüglich aufzunehmen und dem Kommunalverbande bis zum 21. Februar 1919 Anzeige zu erstatten.

Die Kommunalverbände haben eine vorläufige Zusammenstellung über das Ergebnis der Anzeigen der Gemeindebehörden anzufertigen und es der Landeskartoffelstelle bis zum 28. Februar 1919 anzugehen.

Die Gemeinden sind verpflichtet, bis zum 8. März 1919 die Bestände nachzuprüfen und Mengen, die über den angezeigten Bestand hinausgehen, sofort in ihren Gewahrsam zu nehmen.

Die Nachprüfungen sind durch die Gemeindebehörden vorzunehmen, die sich hierbei der Ortsauschüsse zur Sicherung der Volksernährung oder anderer Ausschüsse bedienen sollen, die mindestens aus einem Erzeuger und einem Verbraucher zu bestehen haben.

Auch von den Kommunalverbänden sind Nachprüfungen auszuführen.

Die Gemeindebehörde und die von ihr oder vom Kommunalverband beauftragten Personen sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben Vorrats- und Betriebsräume oder sonstige Aufbewahrungsorte, wo Kartoffelvorräte zu vermuten sind, zu durchsuchen und die Bücher und Geschäftspapiere der zur Anzeige Verpflichteten einzusehen.

Bis zum 12. März 1919 haben die Gemeinden dem Kommunalverbande das durch die Nachprüfungen berichtete Ergebnis der Bestandserhebung anzuzeigen. Die Kommunalverbände haben die Anzeigen der Gemeindebehörden zusammenzustellen und der Landeskartoffelstelle bis zum 15. März 1919 Anzeige über das endgültige Ergebnis zu erstatten.

Wer die ihm nach dieser Verordnung obliegenden Angaben nicht in der gefestigten Frist erstattet oder unrichtige oder falsche Angaben macht, oder entgegen § 9 die Durchsuchung oder die Einsicht der Geschäftspapiere und Bücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft. Neben der Strafe können Vorräte, die verschwiegen worden sind, eingezogen werden, ohne Unterchied, ob sie dem Anmeldepflichtigen gehören oder nicht.

Dresden, den 21. Januar 1919. 27 V L A IV

Arbeits- und Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

915

Rur von versorgungsberechtigten Personen auszufüllen! Vordruck I

Name Stand Wohnort des Anzeigerstatters

1. Wieviel Personen gehören zum Haushalt des Anzeigerstatters? Davon haben am 15. September 1918 das 4. Lebensjahr noch nicht vollendet?
2. Wie groß war die gesamte Kartoffelmenge, die sich mit Beginn des 15. Februar 1919 im Besitze des Anzeigerstatters befand?
(Vorräte, die zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmt sind, sind nur anzuzeigen, wenn sie 20 Pfund übersteigen. Ist das nicht der Fall, so ist die Anzeige gleichwohl zu erstatten, nur sind bei Rentner und Pfund Striche zu setzen.)

Ich versichere, daß ich vorstehende Angabe nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.
(Ort), am 1919.

(Unterschrift.)

Rur von Kartoffelerzeugern auszufüllen, deren Herbstkartoffelanbaufläche im Herbst 1918 größer als 200 qm war. Vordruck II

Name Stand Wohnort des Anzeigerstatters

1. Wieviel Personen gehören zur Wirtschaft des Anzeigerstatters?
2. Wie groß war die gesamte Kartoffelmenge, die sich mit Beginn des 15. Februar 1919 im Besitze des Anzeigerstatters befand?
Von diesen Vorräten waren untergebracht
a) in Kellern und sonstigen Lagerräumen Str. Pfd.
b) in Mieten Str. Pfd.
3. Von den unter 1 angezeigten Gesamt mengen sind erforderlich
a) für den Bedarf des Anzeigerstatters und seiner Wirtschaft Angehörigen Str. Pfd.
b) als Saatgut für das Frühjahr 1919 auf ha Str. Pfd.
a Anbaufläche

Ich versichere, daß ich vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.
(Ort), den 1919.

(Unterschrift.)

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 158 für den Landbezirk — Firma: **Friedr. Tröger in Hundshübel** — eingetragen worden:

Der bisherige Inhaber Paul Udo Tröger ist ausgeschieden. Der Kaufmann Paul Friedrich Tröger in Hundshübel ist Inhaber. Er haftet nicht für die im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers, es gehen auch nicht die in dem Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über.

Eibenstock, den 27. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

Ergebnis der Wahl zur Stadtverordneten Körperschaft.

Bei der Wahl zur Stadtverordneten Körperschaft vom 26. Januar 1919 sind für den Wahlvorschlag Lorenz 1541 und für den Wahlvorschlag Drechsler 1214 Stimmen abgegeben worden. Entsprechend den sich ergebenden Höchstzahlen entfallen auf den ersten Wahlvorschlag 12 und auf den zweiten Wahlvorschlag 9 Sitze. Gewählt sind hiernach die nachgenannten Wahlberechtigten:

- | | |
|---|--|
| 1. Hermann Lorenz, Stadmestler, | 11. Friedrich Vippold, Hausbesitzer, |
| 2. Paul Jenner, Maschinensticker, | 12. Emil Scheller, Fleischer, |
| 3. Ernst Vouts Funk, Maschinensticker, | 13. Hermann Drechsler, Fabrikant, |
| 4. Hermann Seidel, Maschinensticker, | 14. Johannes Döpfer, Lehrer, |
| 5. Hans Kochl, Fabrikant, | 15. Fritz Remus, Fabrikant, |
| 6. Ernst Gläß, Maschinensticker, | 16. Paul Flemmig, Malermeister, |
| 7. Gustav Heymann, Maschinensticker, | 17. Arthur Ott, Oberforstmeisterassistent, |
| 8. Fritz Schönsfelder, Kaufmann, | 18. Gustav Emil Schlegel, Fabrikant, |
| 9. Eduard Ott, Maschinensticker, | 19. Carl Groß, Buchbindermeister, |
| 10. Gustav Thierbach, Maschinensticker, | 20. Max Schreiber, Kaufmann, |
| | 21. Paul Beger, Stadthauptkassierer. |

Eibenstock, den 27. Januar 1919. Der Wahlkommissar.
Richard Kunz.

Zuschußunterstützung

zur Reichsfamilienunterstützung wird
Donnerstag, den 30. Januar 1919, vorm. 8—12 Uhr
Freitag, " 30. " " nachm. 2—4 " und
zur Auszahlung gebracht.
Die Zahlung erfolgt nur an Erwachsene gegen Vorlage der Ausweisarte.
Eibenstock, den 23. Januar 1919. Der Stadtrat.

Die Rähkäden bei dem Kaufmann Ernst Weiskog, Theaterstr. 6, sind eingegangen und können abgeholt werden.
Eibenstock, den 27. Januar 1919. Der Stadtrat.

Rückgabe der Brotmarkentaschen

Mittwoch, den 29. d. Mts. vormittags in der städtischen Lebensmittelabteilung. Veränderungen sind zu melden.
Eibenstock, den 28. Januar 1919. Der Stadtrat.

Die Rückgabe von Landestartoffelkarten

kann noch am Mittwoch, den 29. d. Mts. in der städtischen Lebensmittelabteilung stattfinden.
Eibenstock, den 28. Januar 1919. Der Stadtrat.

Bei der am gestrigen Tage stattgefundenen Wahl der Gemeindevertreter sind für den Wahlvorschlag I (Deutsche demokratische Partei) 886 Stimmen
" " " II (Sozialdemokratische Partei) 2145
abgegeben worden.
Nach den Feststellungen des vom Gemeinderate gewählten Wahlausschusses entfallen von den 16 zu wählenden Gemeindevertretern

Nach der Reihenfolge der Nennungen auf den Wahlvorschlägen sind hiernach als Gemeindevorsteher gewählt worden:

Vom Wahlvorschlag I:

- Herr Rudolf Uhlig, Fabrikdirektor
- " Gustav Oshag, Handelsmann
- " Karl Fischer, Landwirt
- " Bruno Bent, Bürstenfabrikarbeiter.

Vom Wahlvorschlag II:

- Herr Ernst Heinrich Lang, Pinselmacher
- " Hermann Leistner, Lagerhalter
- " Oswald Feustel, Lagerhalter
- " Oswald Poppitz, Kassierer
- " Paul Gungl, Maler und Schankwirt

- Herr Heinrich Richard, Gewerkschaftsbeamter
- " Max Ernst Bretschneider, Maurer
- " Theodor Ludwig, Lehrer
- " Louis Hermann Reudel, Former
- " Ernst Emil Männel, Postmeister
- " Albert Richter, Lehrer
- " Franz Albin Fickel, Bohrmeister

Dieses Wahlergebnis wird hierdurch mit dem Bemerkten bekannt gegeben, daß Einwendungen gegen das Wahlverfahren bei Verlust des Rechtsmittels des Einspruches innerhalb 14 Tagen nach der Stimmenaushändigung bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg anzubringen sind.

Schönheide, am 27. Januar 1919.

Der Gemeindevorstand.
Winger.

Die Rheingrenze.

Gerade zu Beginn der Vorfriedens-Konferenz hat Marschall Foch die Aeußerung getan, daß die natürliche Grenze zwischen Frankreich und Deutschland der Rhein sei. Dasselbe Wort haben schon größere Franzosen gebraucht, als der feindliche Oberbefehlshaber, ohne es verwirklichen zu können, u. auch dem Marschall wird es nicht gelingen. Er hat auch vielleicht keine Aeußerung gar nicht so bitter ernst gemeint, sondern sich nur bei seinen Landsleuten in empfehlende Erinnerung bringen wollen. Möglicherweise wählt man ihn zum Präsidenten der Republik, wenn die Amtszeit Poincarés abgelaufen ist. Vielleicht hat er aber doch der Konferenz in Paris einen Wink mit dem Zaunpfahl geben wollen, Deutschland nicht zu sanft anzupöbeln. Deswegen brauchte er allerdings keine Sorge zu haben, die Vorfriedens-Konferenz ist wahrlich nicht von besonderer Rücksicht gegenüber Deutschlands befeht.

Daß Clemenceau, dieses erklärten Deutschlands, Regierung den Rhein als Grenze zwischen Deutschland und Frankreich proklamieren würde, wenn sie das könnten, brauchen wir nicht zu bezweifeln. So denkt auch wohl jener Teil der Franzosen, der mit dem Gedanken an die Revanche abens zu Bette gegangen und morgens wieder aufgestanden ist. Aber denkt wirklich das ganze französische Volk so? Es wird uns versichert, die französischen Sozialdemokraten wünschten nicht einmal die Annexion von Elsaß-Lothringen, geschweige denn die Rheingrenze, und die Mehrheit des übrigen Volkes wolle jedenfalls von der Ausdehnung des französischen Gebietes bis zum Rhein nichts wissen, weil es in einer solchen Eroberung einen Fankapsel erblickt, der zu einem neuen Weltkriege führen würde. Darum sei das Wort von der Rheingrenze nicht ernst zu nehmen.

Außer auf diese Versicherung hin würden wir kaum der Sorge um das linke Rheinufer uns entschlagen können, denn es gibt verschiedene Wege, dies Gebiet französisch zu machen, ohne daß es direkt annektiert zu werden braucht. Man könnte von Paris aus eine rheinische Republik errichten, die dem Namen nach völlig selbständig wäre, in Wahrheit aber nichts tun dürfte, was an der Seine mißfällt. Wir haben vom Recht und von der Selbstbestimmung der Völker sehr viel reden hören, aber wir vermissen das Handeln danach und müssen also abwarten, ob die Vorfriedens-Konferenz ein solches Tun bringen wird. Aus Paris wird zwar behauptet, die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen habe sich begeistert für Frankreich erklärt, aber gut beobachtende neutrale Zuschauer haben mitgeteilt, daß der Empfang des Präsidenten Poincaré in Straßburg ein geschickt vorbereitetes Schaustück war, an dem das elsass-lothringische Herz keinen Anteil gehabt hat.

Wichtiger für uns ist, daß Frankreich bei seinen Wünschen nach dem linken Rheinufer nicht nur nach seinem eigenen Gefühl, sondern auch nach der Stimmung und nach den Kraftverhältnissen in Deutschland rechnen muß. Man weiß in Paris, daß auch der neuen deutschen Republik nicht alles zugeworfen werden kann, daß die deutsche Geduld ihre Grenzen hat. Dann kommt aber noch mehr in Betracht. Die Eroberung des linken Rheinufers durch Frankreich bedeute denn doch eine sehr wesentliche französische Machtvermehrung gegenüber England, daß letzteres nicht mit einfachem Häusern sich abfinden würde. Stößt die französische Macht bis an den Rhein vor, dann umklammert sie Belgien und Holland und unterwirft diese beiden Staaten früher oder später ihrem Einfluß. Sie hat dann eine ganz andere Seefront gegen Großbritannien, als bisher, und damit könnte auch die französische Politik in ein ganz anderes Fahrwasser kommen.

Allerdings hat England die starke nordfranzösische Seefestung Calais in seinem Besitz. Aber das ist es gerade, was den französischen Wunsch nach einer Erweiterung seiner Reichthümer beeinflusst. Die englische Okkupation von Calais ist ein Dorn im französischen Fleische. Selbstverständlich sagt Lloyd George nicht, daß diese Okkupation eine dauernde sein soll, aber so bald wird John Bull nicht wieder fortgehen, und an Gründen und Vorwände für sein Verbleiben fehlt es nicht. Calais und links Rheinufer sind also zwei Punkte, die in enger Wechselwirkung zu einander stehen und daher auch wohl Engländern und Franzosen Anlaß zu „vertraulichen“ Aussprachen geben dürften, in welchen sich der Grad ihrer Freundschaft erproben kann. Auf der Pariser Konferenz soll keine Geheim-Diplomatie getrieben werden. Aber was die Welt vorläufig nicht hören soll, das wird sie doch nicht zu hören bekommen, und wahrscheinlich wird das gerade das interessan-

teste sein. Wahrscheinlich wird auch Präsident Wilson um Erfahrungen reicher sein, wenn er nach Hause zurückkehrt.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die letzte Januarwoche. Der erste Monat des Jahres 1919 ist bald vollendet, und wir können nur den Wunsch aussprechen, daß die kommenden Monate des Jahres ihm so wenig wie möglich gleichen und sich zum Besseren gestalten mögen. Der einzige, der es mit uns gut meint, war der Winter, der ein mildes Regiment führt und erst in den letzten Tagen wieder deutliche Spuren seiner Anwesenheit gab. Aber sonst —! Der Januar war beinahe noch aufregender, als der letzte Kriegswinter, denn wir hörten die Maschinengewehre im eigenen Lande rattern, und die Straßenkämpfe haben so viel Verluste gekostet, wie ein statisches Gefecht im Feldzuge. Der Schaden war groß, die Ausgaben ungeheuerlich, die Streitigkeiten um die Rationalisierungsmaßnahmen hohe Wellen. Dafür sind dann wenigstens die Wahlen selbst ohne gar zu große Störungen verlaufen. Die Arbeitslosigkeit ist groß, und es folgen hoffentlich nicht daraus noch ernste Weiterungen. Streiks verurachten vielfach Hemmnisse. Und wir machten uns Gedanken um Zukunftsfragen, wo doch die Erleichterung der Gegenwart viel nötiger ist. Der Waffenstillstand ist unter erschwerten Bedingungen verlängert, aber Friedensschluß, Blockade-Aufhebung, Lebensmitteleinfuhr u. Freilassung deutscher Gefangenen bleiben noch ungewiß. Wir erwecken keinerlei Wohlwollen beim Gegner für die deutsche Republik, die im Gegenteil die polnischen Ansprüche auf deutsches Gebiet noch steigern. Der nordamerikanische Präsident Wilson ist seit sechs Wochen in Europa, aber er merkt auch, daß das Weltfriedensgericht schwerer ist, als es sich gedacht hat. Jeder will nehmen, was er kriegen kann, auf Deutschlands Kosten. Und trotzdem wird getanzelt. Die deutsche Volksseele ist elastisch genug dazu.

Das Ergebnis der Reichswahlen. Der „Reisanziger“ veröffentlicht eine vorläufige Zusammenstellung der Wahlergebnisse ausschließlich der Pfalz. Eine Zusammenrechnung der dort angegebenen Stimmengahl ergibt vom Kräfteverhältnis der Parteien folgendes Bild:

Sozialdemokraten	11 112 450
Anabhängige	2 186 305
Deutsche Demokraten	5 552 336
Christliche Volkspartei (Zentrum)	5 368 804
Deutschnationale	2 739 196
Deutsche Volkspartei	1 106 408
Bayerischer Bauernbund	273 718
Bayerische Mittelpartei	11 355
Schlesw.-Holst. Bauernbund	58 482
Braunschweigischer Landesverband	56 675

Danach wären 15 775 174 bürgerliche Stimmen abgegeben worden gegen 13 298 705 sozialistische. Wahrscheinlich wird eine genauere Aufstellung die Riffern auf beiden Seiten noch etwas erhöhen, ohne jedoch am Kräfteverhältnis im Ganzen etwas zu ändern.

Eine deutsche Einheits-Armee wird durch den neuen Erlaß über die Uebertragung der Kommandogewalt an den preussischen Kriegsminister Reinhardt in Berlin nicht geschaffen. Aus München wird ausdrücklich erklärt, daß die Kommandogewalt für die bayerischen Truppen bei der bayerischen Regierung verbleibt. Im übrigen gilt der Erlaß wegen rechter Kameradschaftlichkeit und Rücksicht zur alten Proprietät für alle Truppen. Nachdem auch die Befugnisse der Soldatenräte geregelt sind, ist die Ordnung für die Armee wieder hergestellt, und es ist nur zu wünschen, daß das Zivileben diesem Beispiel folgt. Die Unruhen, die noch immer wieder gemeldet worden sind, schaffen Tag für Tag den wirtschaftlichen Schaden von Hunderttausenden, von direktem Sachschaden noch ganz abgesehen. Es ist schließlich nur das Volk, welches die Last bezahlen muß. Das Eingreifen der Grenisonen verbürgt am besten Aufrechterhaltung der Ruhe durch maßvolle Energie, und in dieser Beziehung sollten überall hin Anordnungen ergehen. Verzögerung schafft nur wachsende Gegensätze.

Entziehung der Arbeitslosenhilfe. Am 15. Januar ist eine Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 vom Demobilisationsamt erlassen worden, aus der folgende Punkte hervorgehen: 1. Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind, darf an diesem Ort eine Unterstützung nicht länger als insgesamt 4 Wochen gewährt werden, auch wenn ihnen eine geig-

nete Arbeit nicht hat nachgewiesen werden können. 2. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, die Unterstützung zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen. (Diese Verpflichtung bestand für die Gemeinden bisher nicht, sondern man versuchte, auf die Erwerbslosen einen gewissen moralischen Zwang zur Annahme einer ungeliebten Stellung auszuüben.) 3. Die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung eintreten. — Nach einer weiteren Mitteilung soll dieser Erlaß nur ein erster Schritt sein und schärfere Maßnahmen folgen.

Lebensmittel aus Holland. Am 18. d. M. ist zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach gegen tatsächlich erfolgte Kohlenlieferung Lebensmittel, namentlich Fische und Vieh, sowie Fleisch sofort von Holland nach Deutschland gelangen. Viele Wiedererfassung der seit lange unterbrochenen Lebensmitteleinfuhr aus Holland war deshalb möglich, weil aus Deutschland Kohlen geliefert worden sind. Eindrucksvoller als durch Reden und Aufsätze zeigt sich hier die günstige Wirkung geordneter Arbeitsverhältnisse auf unsere Lebensmittelversorgung.

Foch gegen den Achtstundentag. Die deutsche Waffenstillstandskommission hatte, wie bereits bekannt, die Alliierten ersucht, an Stelle des von ihnen für die Eisenbahntriebe im besetzten Gebiete eingeführten Achtstundentages wieder achtstündige Arbeitszeit einzuführen, welche bereits vor der Besetzung in Kraft war. Zu der Sitzung ließ Foch mitteilen, er könne dem deutschen Eruchen nicht Folge geben. Dagegen werden den Eisenbahnangestellten gegen Barzahlung von den alliierten Armeen die für eine ausreichende Ernährung notwendigen Lebensmittel geliefert werden.

Französischer Sped und Reis für deutsche Schwer-Arbeiter. Im Anschluß an eine Reise durch das Saargebiet hat General Mangin in Mainz, der Höchstkommandierende der 10. Armee, zufrieden mit der Haltung der Bevölkerung und den Leistungen der Arbeiterschaft, bestimmt, zur Besserung der Ernährung der Arbeiter den Schwer- und Schwerstarbeitern pro Kopf und Woche 1/2 Pfd. Reis und als Fetzulage pro Kopf und Monat 400 Gramm Sped für die Schwerarbeiter und 600 Gramm Sped für die Schwerstarbeiter zu gewähren. Die Preise sollen die gleichen sein wie für die französischen Soldaten.

Oesterreich.

Feldmarschall v. Höpendorf über die Ursachen des Krieges. Der Feldmarschall Konrad von Höpendorf veröffentlicht unter dem Titel „Meine Rolle vor dem Kriege“ einen Artikel, in dem er u. a. schreibt: Wer jetzt noch nicht erkennt, daß die Entente zielbewußt seit Jahren auf die Zertrümmerung Deutschlands und des mit ihm verbündeten Oesterreich-Ungarn hingearbeitet hat, der ist entweder blind, oder will nicht sehen. Die großserbische Frage war der Angelpunkt für das Einsetzen des feindlichen Mächte. Sie konnte nur innerhalb der Monarchie oder gegen diese gelöst werden. Das erstere ist nicht geschehen, da schließlich der Monarchie das Messer auf die Brust gesetzt wurde. Wäre das Ultimatum restlos von den Serben angenommen worden, so hätte diese Annahme das Ansehen der Monarchie und damit den Einfluß auf die eigenen Slaven gehoben und sie vor staatsfeindlicher Haltung abgehalten. Ein Hinausschieben dieses Auftretens gegen Serbien oder ein Verzicht darauf, hätte den Krieg nicht verhindert, sondern nach ein bis zwei Jahren die sichere Folge gehabt, daß Russen, Serben und Italiener in Wien und Budapest erschienen wären. Es ist jetzt Rob geworden, vor den Feinden, die uns zertrümmert haben, zu kriechen und der Entente sich dadurch gefällig zu machen, daß man die Schuld von ihr auf die eigenen Leute abzuwälzen trachtet. Der Feldmarschall beschäftigt sich mit der Verantwortlichkeit der Minister und verweist schließlich darauf, daß er stets davor gewarnt habe, Italien als Bundesgenossen zu betrachten.

Rußland.

Die bolschewistische Gefahr. Die Bolschewisten haben Romo und Sibau besetzt und stehen nur noch 40 Kilometer von der deutschen Grenze. Die bolschewistische Idee macht in ganz Polen große Fortschritte. In Bialystok, Warschau und Radom herrscht völlige Anarchie. Arbeiter- und Bürgerwehren versuchen dem Bolschewismus entgegenzutreten.

Deutscher Vorstoß in Rußland. Wiewohl der Säuberung Ostlands von den bolschewistischen Truppen nunmehr einwandfrei festgestellt ist, haben

das Ein-
bruches in
Schwar-

Wunde
de sind
ert, eine
Berpfläch-
cht, fort-
nen ge-
ner an-
ziehung
Ablauf
ser Ber-
Mittel-
ritt sein
gen.

Am 18.
ederläu-
degekom-
len. Je-
die, so-
and ge-
e unter-
war nur
den ge-
den Re-
Rück-
ere Be-

entag
n mis-
en er-
babe-
hntun-
führen,
ar. In
n deut-
werden
von den
Erzäh-
den.

s für
uß an
Min-
er 10.
terung
nt, zur
Schwer-
Pb.
at 400
d 600
ähren.
Fran-

über
erschall
Litel
n dem
d, daß
rück-
ndeten
entwe-
erbliche
a des
b der
Das
tonar-
Ware
onom-
sehen
ge-
liche
Auf-
arat,
in die
ußen,
Buda-
Rob-
trüm-
durch
a ihr
feld-
chkeit
h er
esge-

Die
eßt
schon
gang
schar-
und
ntge-

Wie
schon
abew

die roten Verbände in den von ihnen besetzt gewe-
sen Gebieten trotz der kurzen Zeit ihrer Herrschaft
geradezu bestialisch gewütet. In einem Vor-
stoß haben am 25. und 26. Januar die reichsdeutschen
freiwilligen Truppen, die über die Buda vorgegan-
genen, an Zahl weit überlegenen boschewistischen Ab-
teilungen über den Fuß zurückgetrieben. Die Bos-
chewisten erlitten sehr blutige Verluste und ließen
 beträchtliches Material in den Händen der Deut-
schen. Die deutschen Verluste sind gering. — Der
Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft bei den Re-
gerungen Serbiens und Estlands teilt auf an die
Gesandtschaft gerichtete Anfragen mit: Die deut-
schen Freiwilligen, die für das Baltikum angewor-
ben wurden, sollen keine Polizeitruppe, sondern eine
Kampfstuppe bilden, von deren Offensivgeist es ab-
hängt, daß es gelingt, die Sowjettruppen zurückzu-
schlagen und die Absicht ihres Einbruches nach
Deutschland hinein zu vereiteln.

Frankreich.
— Eine Rede Wilsons. In der Sonn-
abend-Vollversammlung der Friedenskonferenz, die um 3
Uhr von Clemenceau eröffnet wurde, teilte Clemen-
ceau mit, daß eine Anzahl von Kommissionen zu-
sammengestellt wurde, um die folgenden Fragen zu
untersuchen, 1. Völkerbund, 2. Schändung der Kri-
zgebe, 3. Schadenersatz, 4. Internationale Ge-
sehung über Industrie- und Arbeiterfragen, 5.
Internationale Herrschaft über Häfen, Wasser- und
Eisenbahnwege. Clemenceau erteilte dann Wilson
das Wort, der in längerer Rede die Notwendigkeit
eines Völkerbundes auseinandersetzte. Ihm folgte
Klug George mit einer kürzeren Ansprache, die den-
selben Zweck verfolgte. Präsident Wilsons Rede
schloß: „Ich glaube, daß wir einen großen Teil der
Angst aus den Herzen der Menschen entfernen haben
werden, wenn sie vernehmen, daß wir die Grund-
sätze des Völkerbundes angenommen haben
und bereit sind, sie in die Tat umzusetzen.
Wenn ich hier über die Straße gehe, sehe ich überall
amerikanische Uniformen. Diese Männer sind nicht
nur gekommen, den Krieg zu gewinnen, sondern auch,
um seine Wiederholung zu verhindern. Dafür bin ich
verantwortlich, denn ich habe diesen Geist in Worte
gekleidet. Ich sage dies, um es deutlich zu machen,
weßhalb ich gebeten worden bin, diese Bepredungen
zu eröffnen, obwohl wir Amerikaner doch eigent-
lich gar nichts mit der Politik des großen Festlandes
zu tun haben.“

— Der amerikanische Bericht über die
Schuldfrage des Kaisers. Nach einer Meinungs-
äußerung des „Progress“ werde sich der amerikanische
Bericht über die Schuldfrage des Ex-Kaisers wesentlich
von anderen Referaten unterscheiden und nicht auf
dessen Bestrafung bestehen; vielmehr werde man für
eine Befassung im Exil eintreten. Man werde sich
bei Untersuchung der Schuldfrage insbesondere auch
an Wahrnehmungen des Obersten House halten, die
dieser noch vor August 1914 gemacht hat und welche
als kriegstreibende Faktoren andere Per-
sonen als die des Kaisers angeben.

— Die amerikanische Delegation für
die Wiedergabe der deutschen Blockade. Nach einem
New Yorker Bericht des amerikanischen
Pressebüros sagt die „Associated Press“, daß die
amerikanische Delegation fortwährend eine Wiedergabe
der deutschen Blockade zu befrachten und daß diese
Frage in dieser Woche aufgeworfen werde. Bich-
nowski habe ein Gesuch an die Alliierten gerichtet,
bei der Bestimmung der französischen Grenze gerech-
t zu sein. Mit besondere Betonung erklärte er auch,
daß die Polen, die Tschechen kein Recht auf deut-
sches Gebiet hätten, und daß, werde die Grenze nicht
in gerechter Weise festgelegt, es keinen Frieden ge-
ben werde. Er erwartet, daß Großbritannien und
Amerika Gerechtigkeit üben werden.

Örtliche und Sächsische Nachrichten.

— Eisenstadt, 28. Januar. Morgen Mittwoch
vormittags sind die Brotmarkentaschen bei der
Lebensmittelabteilung einzureichen, damit die neue Mar-
kenverteilung vorbereitet werden kann. Alle Inhaber von
Brotmarkentaschen werden dringlich aufgefordert, die Frist
zu beachten. Die Mahnung richtet sich auch an diejenigen
Eckmigen, die es für ausreichend ansehen, wenn sie die
Brotmarkentaschen bei der Abholung der Bezugslebens-
mittellisten mitbringen. Diese Verbraucher können künftig
bei der allgemeinen Brotmarkenausgabe nicht mit berück-
sichtigt, sondern müssen auf später verwiesen werden.

— Schönheide, 27. Januar. Das Ergeb-
nis der gestrigen Gemeinderatswahl ist aus
der Bekanntmachung im amtlichen Teil vorliegender
Nummer ersichtlich.

— Schönheiderhammer, 27. Januar. Bei
der gestrigen Gemeinderatswahl wurden für
Liste I (bürgerliche) 119, für Liste II (sozialdemo-
kratische) 320 Stimmen abgegeben. Davon fielen auf
Ortsrat Witzschhaus für erstere 16, für letztere 25
Stimmen.

— Dresden, 25. Januar. Von tausend im Felde
oder in der Heimat in ärztliche Behandlung genommenen
Kriegern sind nach der „Deutschen Kriegswochenschau
1918“, Nr. 89, 918 wieder dienstfähig geworden, und
zwar 700 für die Front und 218 für den Garnison-
oder Arbeitsdienst. 62 mußten als dienstunbrauchbar
entlassen werden, 11 starben, 9 wurden in Kurorte und
bergl. gesandt. Die Sterbeziffer von 1,1 Prozent ist sehr
gering und legt für die Vortrefflichkeit des deut-
schen Sanitätsdienstes ein glänzendes Zeugnis
ab. Von den 6,2 Prozent als dienstuntauglich Ent-
lassenen blieb ein großer Teil für die Verwendung in
bürgerlichen Berufen geeignet. Uebrigens wurde ein großer
Teil der in Kurorte, Heilstätten usw. geschickten Krieger
später wieder hergestellt.

— Annaberg, 26. Januar. Bei den heutigen
Stadtratswahlen errangen die bürger-
lichen Kandidaten die Mehrheit. Es wurden abgegeben
für die bürgerliche Liste Matthes 4487 Stimmen und für
die sozialdemokratische Liste Jungnickel 3699 Stimmen.
Es sind 19 bürgerliche und 15 sozialdemokratische Kan-
didaten als gewählt zu betrachten.

— Annaberg, 28. Januar. Wie bereits
früher berichtet wurde, ist in unserer Stadt eine hö-
here Mädchenschule errichtet worden, die kom-
mende Ostern ihren Betrieb aufnimmt. Alle El-
tern, die ihren Töchtern eine bessere Ausbildung zu-
teil werden lassen wollen, seien auf diese Bildungs-
möglichkeit aufmerksam gemacht. Näheres ist aus
der heutigen Bekanntmachung im Anzeigenteil d. Bl.
zu ersehen.

— Aue, 26. Januar. Bei den heute hier ab-
gehaltenen Stadtratswahlen wurden insgesamt 3611
Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste der
sozialdemokratischen Partei 2221 Stimmen, die damit 15
Sitze bekommt, auf die Liste Weiß 925, die 6 Sitze erhält,
und auf die Liste Wenzel 465 Stimmen, der somit 3 Sitze
zufallen. Die Wahlbeteiligung war viel geringer als zur
Nationalversammlungswahl. Von rund 5200 Wählern
haben nur 3611 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.
Bemerkenswert ist der Rückgang der sozialdemokratischen
Stimmen. Gegenüber der Wahl zur Nationalversamm-
lung wurden rund 600 sozialdemokratische Stimmen we-

— Schneeberg, 27. Januar. Bei der gestrigen
Stadtratswahlen wurden insgesamt 3611
Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste der
sozialdemokratischen Partei 2221 Stimmen, die damit 15
Sitze bekommt, auf die Liste Weiß 925, die 6 Sitze erhält,
und auf die Liste Wenzel 465 Stimmen, der somit 3 Sitze
zufallen. Die Wahlbeteiligung war viel geringer als zur
Nationalversammlungswahl. Von rund 5200 Wählern
haben nur 3611 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.
Bemerkenswert ist der Rückgang der sozialdemokratischen
Stimmen. Gegenüber der Wahl zur Nationalversamm-
lung wurden rund 600 sozialdemokratische Stimmen we-

niger abgegeben. Viele Wähler kamen erst nach 5 Uhr
und gingen dadurch ihres Wahlrechtes verlustig.

— Neustädtel, 27. Januar. Bei der ge-
strigen Stadtratswahlen wurden 2111
Stimmzettel abgegeben. Auf die sozialdemokratische
Liste entfielen 1358, auf die bürgerliche Liste 753
Stimmen. Die Sozialdemokraten erhalten 10, die
Bürgerlichen 5 Sitze. Die Wahlbeteiligung beträgt
76 v. H. gegenüber 88 v. H. bei der Nationalwahl.
Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen beträgt 348.

— Neustädtel, 27. Januar. Infolge Koh-
lenmangels ist die Volksschule auf 8 Tage ge-
schlossen worden. Falls in den nächsten Tagen keine
Kohlen eingeht, muß auch der Geschäftsbetrieb im
Rathause ganz erheblich eingeschränkt, vielleicht so-
gar ganz eingestellt werden.

— Johannegeorgenstadt, 27. Januar. Ne-
ben dem Bürger- und dem sozialdemokratischen Wahl-
verein trat diesmal der neugegründete Bund der
Festbesoldeten mit einer eigenen Wahlliste zur Stadt-
verordnetenwahl hervor. Gewählt wurden von der
sozialdemokratischen Liste 8, von der Liste des Bür-
gervereins 2 und von der des Bundes der Festbesol-
deten 2 Stadtratsverordnete. Wiedergewählt wurden
Belehr. Barth, Gerichtsfeldrat Hunger und Ge-
schäftsführer Otto Zimmer.

— Meerane, 25. Januar. In Runsdorf
drangen Diebe in das Gehöft des Gutsbesizers Gholz
ein und schlachteten an Ort und Stelle ein Schwein,
sowie mehrere Enten, außerdem nahmen sie eine Schlit-
tenbedeckung und mehrere Pferdebedeckungen im Werte von zirka
850 Mark mit.

— Die Nationalversammlung kommt
nicht nach Dresden. Die Entscheidung des Abge-
ordneten Ständermann nach Berlin ist erfolglos geblieben,
da die süddeutschen Staaten absolut auf Weimar bestanden.

— Vereinigungsbestrebungen in Sach-
sen. Die „Sächsische Staatszeitung“ schreibt: In
der letzten Woche ist in der Presse wiederholt die
Frage erörtert worden, ob Sachsen durch Zu-
samenschluß mit anderen Gebietsstei-
len des Deutschen Reiches sich an der Bildung
eines größeren Freistaates beteiligen solle. Diese
Betrachtungen und die Wiedergabe eines Besprächs,
das der Vertreter einer großen Zeitung mit dem
Vollbeauftragten für das Ministerium des Innern
über diesen Gegenstand hatte, haben leider zu der
Vermutung Anlaß gegeben, als verfolge man in
Sachsen eine „Einverleibungspolitik“. Wir legen
Wert darauf, festzustellen, daß auch die jetzige säch-
sische Regierung nicht im entferntesten daran denkt,
sich in die inneren Verhältnisse Preußens oder eines
anderen benachbarten Staates irgendwie einzumis-
chen. Daß die Möglichkeit, zur Neubildung von
größeren Freistaaten zu gelangen, in Deutschland zur
Zeit allgemein erörtert wird, ist bekannt und hat
keinen unmittelbaren Anlaß in der Denkschrift des
Staatssekretärs des Innern zur Verfassungsfrage,
die diesen Punkt zur öffentlichen Diskussion stellt.
Selbstverständlich prüft man auch in Sachsen, wie
man sich solchen Möglichkeiten gegenüber zu verhalten
hätte, und untersucht die wirtschaftlichen Zusam-
menhänge, die über die sächsischen Grenzen hinüber-
reichen. Man ist sich aber an allen verantwortlichen
Stellen dessen voll und bewusst, daß nur, wenn sich
die Wünsche überwiegender Mehrheiten des Volkes
von beiden Seiten begegnen, solche Neubildungen
überhaupt in Betracht kommen, und zwar niemals
als einseitiger Anschluß, sondern als freier Zu-
sammenschluß. Daß das Reichsamt des Innern die
Frage in Fluß gebracht hat, beweist doch wohl zur
Genüge, daß die Staatshoheit und das Selbstbe-
stimmungsrecht der Einzelstaaten hierdurch nicht be-
rührt werden, und es sollte kaum der Erklärung be-
dürfen, daß die Bundesstaaten solche Fragen nur
im beiderseitigen Einvernehmen lösen werden.

Zu Zweien einsam.

Roman von D. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

Als er ihnen die nötigen Befehle gegeben hatte, befleg
er sein Pferd. Black Prince war ein etwas nervöses
Tier. Es fühlte, daß sein Herr in gereizter Stimmung
war. Das läßt sich ein edles Vollblut nicht bieten. Es
legte durch allerlei Quersprünge dafür, daß Wolf ihm
keine ungeteilte Aufmerksamkeit wieder zuwandte. Als es
das erreicht hatte, bequeme es sich wieder zum schlanken
Trot und trug seinen Herrn eilig nach Hause, als wenn
es wüßte, daß zwei braune Mädchenaugen sehnsüchtig
nach ihm Ausschau hielten.

In der Schönburger Schlosskirche wurde Elisabeth
Charlotte, Reichsfürstin von Schönburg-Buchau, Wolf
Gernzodes Gattin. Mit landesherrlicher Genehmigung
führte dieser von Stund an den Namen Wolf Gernzode,
Freiherr von Schönburg-Buchau.

Eine glänzende Gesellschaft war in der stimmung-
vollen alten Kirche versammelt. Selbst der Landesherr
hatte einen Vertreter geschickt, der an seiner Stelle der
Feier beizuwohnen und dem jungen Paare nachher seine
Glückwünsche übermitteln sollte. Von den nächsten Nach-
barn fehlte natürlich keiner.

Elislotte war eine halbe, jugendfrische Braut. Mit
seiner Kammer schritt sie am Arme ihres stattlichen glück-
seligen Gatten aus der Kirche nach dem Schloß zurück.
Etwas blaß vor Erregung, aber ruhig und freundlich
nahm sie an Wolfs Seite die Glückwünsche entgegen.
Die Gäste standen in Gruppen um das Paar herum
und tauschten Bemerkungen aus. Einige Offiziere sahen
mit Reiz auf Wolf.

Fabelhaftes Glück, dieser Krautjunker, kolossaler
Reichtum vorhanden. Scheußlich, daß nicht ins Regiment
bekommen. Fataler Zufall! schnarrte ein blutjunges
Gerrchen, Wolf durch das Plonocie betrachtet.

Tröstete sie sich, Kamerad“, lachte ein gutmütig und
behäbig aussehender Oberleutnant, für uns wäre dies
Krautlein doch nicht gewachsen gewesen. Die Herrin
von Schönburg ist eine sehr geschickte Dame — sie soll
Geist von ihrem Mann verlangen. Na und da brauchen
wir uns doch gegenseitig nichts vorzumachen.“

„Ich schlage vor, wir machen uns niedlich“, warf ein
lustiger, frischer Leutnant ein. „Vielleicht ladet uns der
neue Herr von Schönburg zuweilen zur Jagd. Famose
Wildbestand hier, kenne es genau.“

Senden stand bei Sibylle und ihrem Gatten und ließ
keine Augen nicht von der schönen Frau. Sie sah ein
wenig bleich, aber sinnberückend schön aus in der wunder-
vollen Toilette aus matterweißer Seide, die in den Falten
sart rosa schimmerte. Dazu trug sie Perlen von märchen-
hafter Schönheit, die ihr unvergleichlich zu Gesicht standen.
Die großen dunkelglühenden Augen und die tiefroten
Lippen kontrastierten reizvoll mit dem blassen Gesicht.

Arme und Schultern von wahrhaft klassischer Form
waren unbedeckt, und das Gewand schmiegte sich weich
um die schlanken Hüften.

Neben dieser stolzen Erscheinung kam Elisottes Lieb-
lichkeit wenig zur Geltung.

Wolf sah zuweilen mit einiger Unruhe zu Sibylle
hinüber. Jedesmal fing er ihren brennenden Blick auf.
Er konnte das Gefühl der Sorge nicht los werden, daß
sie eine neue Arbeit begeben würde. Wie froh wollte er
sein, wenn er Elislotte alles gesagt haben würde.

Die laute fröhliche Gesellschaft bedrückte ihn. Er wäre
am liebsten mit seinem jungen Weibe davongegangen. Da
sie aber keine Hochzeitsreise zu machen gedachten —
Elislotte hatte es sich viel schöner gedacht, in ihrem trauten,
alten Schönburg zu bleiben —, mußten sie beide aus-
dauern, bis sich die Gäste alle verabschiedet haben würden.
Bei der Tafel sah Sibylle dem jungen Paare gegenüber
und unterließ sich scheinbar sehr animiert mit ihrem
Nachbar, Wolf bemerkte aber nur zu gut das unruhige
Blökern ihrer Augen.

Wenn er geahnt hätte, welche Pläne Sibylles Hirn
kreuzten, er wäre erschrocken. Mit nagender Eifersucht

betrachtete sie das junge Paar. Jedes Wort, das sie
wechselten, jeder Blick, den sie tauschten, war ihr eine
Lektüre. War es möglich, daß Wolf mit Elislotte glücklich
wurde? Sie war hübsch und jugendfrisch, und eine kluge
Frau vermag viel über einen Mann. Es durfte nicht sein,
daß Elislotte Markt über ihn gewann. Sie mußte Un-
frieden zwischen die beiden säen, noch ehe sie sich inniger
zusammen fanden, und sie wollte es tun. Ihr Plan
war fertig.

Elislotte mußte mit Misstrauen erfüllt werden gegen
ihren Gatten, damit sie sich von ihm wandte in Groll und
Verachtung. Dann würde er doch endlich den Weg zu ihr
zurückfinden und in ihren Armen das Glück suchen, das
er bei Elislotte nicht fand.

Nach der Tafel wußte sie sich geschickt in die Nähe
der Braut zu schleichen.

Sie zog sie mit sich fort. „Ich muß mit Ihnen unter allen
Umständen einige Minuten ungestört sprechen, liebe Elislotte.“
Die junge Frau sah ihr lächelnd und ahnungslos in
das erregte Gesicht. „So kommen Sie gleich, Sibylle,
wir wollen hier in dies Nebenzimmer treten, da stört uns
niemand.“

Sie traten ein, und Elislotte wandte sich fragend an
Sibylle, nachdem sie Platz genommen hatten.

„Was haben Sie mir so Wichtiges zu sagen? Sie
machen mich neugierig.“
Sibylle krampfte in wilder Erregung die Hände zu-
sammen und sah mit gutgespielter Berührung in das
liebe Gesicht der jungen Frau.

„Elislotte, ich ertrage es nicht länger, Sie zu betrügen.
Sie waren so lieb, so gut zu mir. Ich vermag es nicht,
länger, Ihnen so heuchlerisch zu begegnen. Wie haben
ein unwürdiges Spiel mit Ihnen getrieben, Wolf und ich
haben Sie fortgesetzt belogen. Verzeihen Sie mir, liebe,
arme Elislotte.“

Elislotte war bleich gemordet wie ihr weißes Kleid.
Wie abwehrnd streckte sie die Hände von sich und sah
entsetzt auf ihre Feindin. „Was reden Sie — was soll
ich verzeihen?“ wurmte sie halb erstickt.

(Fortsetzung folgt.)

Nachrichten aus der Kirchengemeinde Eisenhof
 Mittwoch, abends 7,9 Uhr: Bibelstunde.
Kirchennachrichten aus Wädheide.
 Mittwoch, den 29. Januar 1919, abends 8 Uhr: Bibelstunde (in der Schulturnhalle), Pastor Männchen.

Neueste Nachrichten.

— Berlin, 28. Januar. An der Spitze der provisorischen Regierungsgewalt, deren Einsetzung nach dem Beschluß des Bundesstaaten-Ausschusses der Nationalversammlung vorgeschlagen werden soll, soll, wie die „Voss. Ztg.“ hört, ein vorläufiger Reichspräsident stehen. Die von der Reichskonferenz eingesezte Kommission ist gestern spät abends zu einem Beschluß gekommen; das von ihr fertiggestellte Notgesetz wird heute dem Kabinett vorgelegt werden. Wie die „Voss. Ztg.“ hört, handelt es sich um einen ganz kurzen Entwurf, der aus 9 Paragraphen besteht. Der Entwurf des Staatssekretärs Preuß ist von der Kommission überhaupt einstweilen nicht beraten worden, sondern wird Gegenstand späterer Verhandlungen bilden. Die entscheidende Kabinettsitzung über das Verfassungsnotgesetz wird heute vormittag 10 Uhr beginnen. Das Notgesetz dürfte heute abend oder spätestens morgen früh veröffentlicht werden. Schon daraus geht hervor, daß das Kabinett mit der Beratung an einem Tage fertig zu werden glaubt. Die Regierungsvertreter haben gestern den Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Preuß besprochen.

— Berlin, 28. Januar. Der Soldatenrat der Großberliner Truppenteile war gestern nachmittag zu einer Vollziehung im preussischen Abgeord-

netenhaus zusammengetreten, um sich über die Verordnung wegen der Neuregelung der Kommandogewalt und die Aufgabe der Soldatenräte auszusprechen. Die neue Verordnung wurde von vielen Seiten scharf angegriffen und von dem Volksbeauftragten Roste warm verteidigt. Schließlich wurde eine gemischte Kommission eingesetzt, die mit den einzelnen Armeekorps Abänderungsvorschläge über die Neuregelung der Kommandogewalt vereinbaren soll.

— Berlin, 28. Januar. Bis nachts 12 Uhr lagen insgesamt aus 236 Kreisen die Wahlergebnisse vor. Danach haben bisher erhalten: Demokraten 44, Mehrheitssozialisten 98, Unabhängige 21, Deutsch-nationale Volkspartei 21, Deutsche Volkspartei 11, Zentrum 49 und Schleswig-Holsteinischer Bauernbund 1 Mandat; zusammen 245. Die Gesamtzahl der Mandate beträgt 401.

— Düsseldorf, 28. Januar. Auf das Telegramm der Düsseldorf-Vertreterversammlung des Arbeitgeber-Verbandes für den Bezirk der Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller antwortete Staatssekretär Erzberger: Einfuhr von Lebensmitteln erfolgt, sobald deutsche Handelsschiffe einlaufen. 450 000 Tonnen deutscher Handelsschiffraum sind vorläufig der Entente zur Verfügung gestellt worden. Ich bin mit Ihnen einig, daß so bald als möglich verhandelt werde, um mehr Lebensmittel zu erhalten. Dazu ist aber Arbeit notwendig, da man den Deutschen sonst keinen Kredit gewährt. Die deutschen Guthaben im Auslande sind erschöpft. Bitte dringend, Arbeiterschaft zu sagen, daß Brot und Fett in reichlichen Mengen vorhanden und zur Verfügung stehen werden, sobald sie bei der Arbeit.

— Budapest, 28. Januar. Eine Bularescher Meldung besagt, daß in Rumänien eine Bauernrevolte ausgebrochen ist. Die Bevölkerung der Dörfer, die sich seit Wochen gut vorbereitet hat, erhob sich zu einer festgesetzten Stunde im ganzen Lande. An der Spitze stehen die heimgekehrten Soldaten, die mit Waffen gut ausgerüstet sind. Schon in der Sonnenabendnacht zogen die Aufständigen in viele Städte ein, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit Regimentern der Regierung kam. In Bukarest wurde den ganzen Sonntag gekämpft. Die Sozialdemokraten schlossen sich der Revolution an. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist bereits groß.

— Basel, 28. Januar. Ein Stockholmer Telegramm des „Echo de Paris“ bestätigt die Rumänische Petersburger Regierung soll nach Kischinowgorod geschickt sein.

— Genf, 28. Januar. „Gavris“ meldet aus Paris: Nach einem holländischen Ueberkommen wird Kaiser Wilhelm II. nach Holländisch-Indien verbannt werden.

— Lugano, 28. Januar. Der italienische Kriegsmilitär erläßt ein strenges Verbot gegen die bedeutliche Zunahme der Beteiligung von Offizieren und Mannschaften an politischen Kundgebungen und geistelt die traurige Erscheinung der anderswo gebildeten Soldatenräte, welche die Ruhe und Sicherheit der Nation gefährden.

— Haag, 28. Januar. Hier trafen britische Telegramme ein, die den Ausbruch eines Generalstreiks in England mitteilen. Es war bisher nicht möglich, festzustellen, ob die Nachricht wahr ist. Sie beweist aber jedenfalls, welchen Umfang die wirtschaftliche Spannung in England erreicht hat.

Wählt nie eine Partei, die infolge ihrer Stellung zu weit rechts oder zu weit links und infolge ihrer zahlenmäßigen Schwäche von der Regierung ausgeschlossen sein wird. Das gilt auch für die Wahlen zur sächsischen Volkstammer.

Deutsch-nat. (konsev.) 34 Deutsche Volkspartei 23 Zentrum 88 Deutsche Demokraten 85 Mehrheitssoz. 164 Unabh. Soz. 24

Wählt zur sächs. Volkstammer die Liste Günther, Posern, Langhammer, Diemel!

Höhere Mädchenschule i. G. zu Annaberg i. Erzgeb.

Die Anmeldungen zur Osteraufnahme werden bis mit 15. Februar 1919 an jedem Schultage vormittags zwischen 11 und 12 Uhr im Zimmer Nr. 24 des 2. Stockwerkes des Schulhauses an der Voigtstraße entgegen genommen. Hierbei sind die standesamtliche Geburtsurkunde, das Taufzeugnis, der Konfirmationschein und das letzte Schulzeugnis, für Konfirmierte auch der Konfirmationschein vorzulegen. Erwünscht ist die gleichzeitige Vorstellung der anzumeldenden Schülerin. Die Aufnahmeprüfung findet Montag, den 28. April 1919, von früh 8 Uhr an statt.

In die höhere Mädchenschule können Mädchen aufgenommen werden, die das neunte Lebensjahr bereits vollendet haben oder dieses bis zum 30. Juni 1919 erfüllen und in der Aufnahmeprüfung den Nachweis erbringen, daß sie ihrer Vorbildung nach sofort in den vollen planmäßigen Unterricht der untersten Klasse VII einzutreten vermögen.

Zur Aufnahme in eine höhere Klasse ist neben dem entsprechenden Alter die durch den Lehrplan für höhere Mädchenschulen vom 8. Dezember 1910 bestimmte Vorbildung erforderlich. Diese ist ebenfalls durch eine am gleichen Tage stattfindende Aufnahmeprüfung nachzuweisen, von der jedoch in der Regel solche Schülerinnen befreit werden, die aus einer gleichartigen öffentlichen sächsischen Lehranstalt kommen und ein zu keinerlei Bedenken Anlaß gebendes Abgangszeugnis beibringen.

Geeignete Pensionen für auswärtige Schülerinnen weist die Auskunftsstelle des Stadtrates zu Annaberg nach.

Das Schulgeld beträgt für Einheimische 120 M., für Auswärtige 180 M. für das Jahr. Als Aufnahmegebühr werden 10 M. erhoben, als Abgangsgebühr mit Reifezeugnis 10 M., ohne Reifezeugnis 6 M. Annaberg, den 27. Januar 1919.

Die Schuldirektion der höheren Mädchenschule:
 Dr. phil. Max Wünschmann.

Lose

der 174. Sächs. Landes-Lotterie
 Ziehung der 3. Klasse am 5. und 6. Februar 1919
 hält empfohlen
 Gustav Emil Tittel,
 Sächs. Staats-Lotterie-Einnahme.

Singer-Plattstich-Stickerin

auf Kleider in dauernde Stellung sofort gesucht, event. Kurvelstickerin, die obiges kann.
 Hermann Tank, Chemnitz, äuß. Klosterstr. 3, I.

Stroh,

auch kleine Posten, kauft
 Dirr. Meichner.

Beltnässen

geheilt. — Auskunft umsonst.
 G. Stackemann, Verden a. d. Aller.

Größere Fabrikationsräume

zu mieten evtl. passendes Geschäftshaus zu kaufen gesucht.
 Angebote unter R. R. 111 an die Geschäftsstelle bis. Bl. erb.

1,2 weiße Landenten

zu verkaufen Forststr. 15.



Schnee-Schuhe

für Erwachsene von M. 45.— an
 „ Kinder „ „ 30.— an

Bindungen, Stöcke, Skiwachs,
 Gamaschen, Handschuhe, Socken,

Rodel-schlitten

mit und ohne Lehne
 von Mk. 9.— an
 Grösste Auswahl!
 Mässige Preise!

bei
 Albin Eberwein.



Ein ehrliches, fleißiges Mädchen,

oder alleinstehende jüngere Frau, die bereits gebient haben, für sofort oder später gesucht von
 Frau Dir. B. Edlich,
 Erla bei Schwarzenberg.

Kräftiges Dienstmädchen

zur Landwirtschaft, welches melken kann, sucht sofort
 Gustav Tautenhahn,
 Oriesbach.

Ein Paar guterhaltene Schneeschuhe

zu kaufen gesucht. Angebote unter T. H. 9 an die Geschäftsst. d. Bl.



Central-Theater.

Am Mittwoch, den 29. Januar, ein ganz außer-gewöhnlicher Sontertag:
 Hedda Vernon
 im Film:

Noemi, die blonde Jüdin.

Ein sehr zu Herzen gebendes Stück in 4 Abteilungen.
 Das schönste Bild, das bisher von Hedda Vernon erschienen ist.

Das Armband.

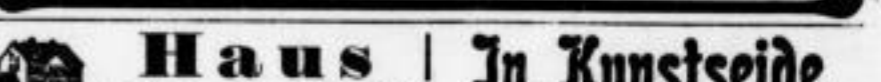
Ein Detektiv-Schauspiel in 4 Abteilungen.
 Nach dem gleichnamigen Roman von Max Archer.
 Zu einem Besuche ladet ein Hochachtend
 Hans Schmidt.

Am Mittwoch Anfang von nachmittag ab.



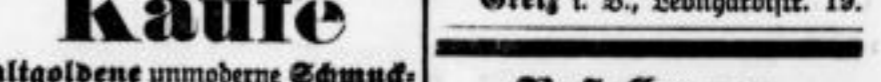
Anzeigen und Bekanntmachungen

für die abends erscheinende Zeitung werden bis spätestens vormittag 10 Uhr erbeten; später eingehende müssen für die folgende Nummer zurückgestellt werden. Ausnahmen sind nur in besonders dringlichen Fällen zu erhöhtem Preise angängig.



Haus

mit oder ohne Hintergebäude zu kaufen gesucht. Preis und Brandklasse ist anzugeben. Off. unter G. T. an die Geschäftsstelle dieses Blattes.



Kaufe

altgoldene unmoderne Schmuck-sachen und Bruchgold zum Einschmelzen und zable augenblicklich ganz hohe Preise.
 H. Grapner.

Giebelwohnung,

neu vorgerichtet, sofort zu vermieten
 Reugasse 2.

In Kunstseide

bunt bestickte Tülltragen und Besätze, sowie Perltaschen und Beutel sucht und bittet um bemusterte Angebote
 Firma E. Bauch,
 Greiz i. V., Leonhardtstr. 19.

Bestellungen

auf das „Amts- und Anzeigebblatt“ für die Monate Februar und März werden in der Geschäftsstelle, bei unseren Austrägern, sowie bei allen Postämtern und Landbriefträgern angenommen. Die Geschäftsstelle d. Amtsblattes.